

# Keine Annahme des unsozialen Sparpakets!

**Protest gegen die Bekanntgabe von massiven Streichungen** im Sozialbereich durch die schwarz-gelbe Bundesregierung für Herbst 2010

- **Finanz- und Immobilienspekulanten - Verursacher** der Finanzkrise - werden geschont.
- Geringverdiener, Arbeitslose und andere Sozialschwache sollen nach dem Willen der Bundesregierung bezahlen.
- **80 Mrd. € sollen bis 2014 eingespart werden.**

Wieder trifft es diejenigen, **die den sozialen Ungerechtigkeiten nichts entgegensetzen** können. Dies ist ein **Raubzug der Reichen gegen die Armen** und **gefährdet den sozialen Frieden** in diesem Land:

- Die geplante Sparorgie trifft vor allem die Klein- und Normalverdiener.
- Die Leistungen für die Arbeitslosen sollen gekürzt werden.
- Das Elterngeld und die Beiträge zur Rentenversicherung sollen bei ALG II-Betroffenen wegfallen.
- Bei 800.000 Menschen wird geplant, den Heizkostenzuschuss zu streichen.
- 15.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sollen verschwinden.

D. h. die Barriere zwischen den **Ärmsten und den Reichsten** der Gesellschaft wird immer gewaltiger -

- Ungerechtigkeiten hinsichtlich der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verfestigen sich.

- **Bsp. Elterngeld:**

Hartz-IV-Betroffene soll es verweigert werden, aber Eltern mit Nettoeinkommen über 2.770 € sollen es erhalten.

Begründung: Sonst würden die Väter keine Freistellung mehr beanspruchen.

Merkel behauptet, die Anreize zur Aufnahme einer Arbeit, würden so erhöht;

Bei einer gemeldeten Arbeitslosenzahl von 3 - 4 Mio. (tatsächliche Anzahl weit über 5 Mio.) geht diese Meinung an den tatsächlichen Gegebenheiten vorbei.

Die unsozialen Auswirkungen dieses Sparpakets scheint die Bundesregierung nicht zu stören und sie zeigt damit wessen Interessen sie vertritt. Gleichzeitig werden die **tatsächliche Einnahmequellen nicht erwogen:**

- Die Besteuerung von großen Vermögen ist nicht vorgesehen, obwohl die Kommunen, wie auch Bitterfeld-Wolfen vielfach pleite sind.

**Das Sparen zu Lasten der Armen und Normalverdiener darf nicht fortgesetzt werden:**

**DIE LINKE fordert:**

- Besteuerung von Finanztransaktionen
- Anhebung des Spitzensteuersatzes
- Hohe Vermögen besteuern
- Senkung des Rüstungsetats und Kosten für unsinnige Prestigeobjekte verringern

**Also: Spekulanten der Finanz- und Immobilienbranche und Millionäre zur Kasse!**

**Wir rufen, so wie DIE LINKE im ganzen Land, zum Widerstand gegen das geplante unsoziale Sparpaket der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung auf.**

Wir werden weiterhin dagegen auftreten, dass unsere **Kommunen finanziell ruiniert** werden.

Gemeinsam mit den **Gewerkschaften und Sozialverbänden** müssen wir gegen diesen sozialen Kahlschlag aktiven Widerstand leisten!

**Annahme verweigert! Zurück zum Verursacher!**